HERMANN MULERT
WIE WIR WIEDER EIN VOLK WERDEN SOLLEN [1945]

EINLEITUNG DES HERAUSGEBERS

Hermann Mulerts Text „Wie wir wieder ein Volk werden sollen“ ist während der Endphase des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Wochen nach der deutschen Kapitulation entstanden. Er spiegelt die Auseinandersetzung eines liberalen Demokraten mit der politischen Situation unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wider. Das politische Vakuum, in dem sich das kriegsbesiegte Deutschland im Sommer 1945 befand, dazu die desolante geistige Verfassung eines Volkes, das zwölf Jahre lang einer verbrecherischen Ideologie ausgesetzt war und dem sich die eigene Geschichte weithin als Scherbenhaufen präsentierte, werden von Mulert in einem großen historischen und geistesgeschichtlichen Kontext reflektiert.

Eine Stellungnahme Mulerts zur politischen Situation und zur Lage des deutschen Volkes, gar eine für den Druck bestimmte Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen in der Phase des Umbruchs von 1945 war bisher nicht bekannt. Der im folgenden mitgeteilte Text ist daher sowohl biographisch als auch zeitgeschichtlich von großem Interesse. Aus diesem Grunde wird er hier als Beitrag zur Erinnerung an die Geburtsstunde der beiden deutschen Nachkriegsstaaten erstmals aus dem Nachlaß publiziert.

Die folgenden einleitenden Bemerkungen beziehen, in aller Kürze, Mulerts Ausführungen auf ihren historischen Entstehungszusammenhang und ermitteln so die genaue Fragestellung, der sie gewidmet sind. Anschließend wird die Editionsvorlage beschrieben und die Vorgehensweise in der Herausgabe erläutert.

1. ZUR ENTSTEHUNG DES TEXTES

Mulert hat seine Ablehnung des Nationalsozialismus bereits lange vor der Machtübernahme Hitlers zum Ausdruck gebracht. Die offizielle Hochschulpolitik, die er als Hochschullehrer nicht mitzutragen bereit war, gab 1935 den Anlaß für den Rücktritt von seinem Kieler Lehrstuhl. Mulert zog sich mit seiner Familie nach Niederbobritzsch zurück, von wo aus er, bis zur erzwungenen Einstellung der Zeitschrift, die *Christliche Welt* herausgab. Aller publizistischen Mittel beraubt, beschränkte er sich danach im wesentlichen darauf, seine Einschätzung der aktuellen politischen und kirchenpolitischen Si-

tuation nur noch im privaten Umfeld, in brieflichen und mündlichen Äußerungen, zu formulieren.

Erst als aufgrund der militärischen Erfolge der Alliierten der endgültige Zusammenbruch des Dritten Reiches unmittelbar bevorstand, hat Mulert sich zu einer zusammenhängenden, für eine größere Öffentlichkeit bestimmten Darstellung seiner Überlegungen zur politischen Lage entschlossen. Zwar war er zu diesem Zeitpunkt offiziell als Emeritus weiterhin Mitglied der Kieler Fakultät, doch stellten sich die persönlichen Verbindungen dorthin erst einige Zeit später wieder her. Amtliche Pflichten als Lehrstuhlvertreter für Systematische Theologie an der Fakultät in Jena übernahm er erst mit Beginn des Wintersemesters 1945/46. Auch sonst trat er im Sommer 1945 öffentlich noch nicht wieder hervor. Der vorliegende Text ist insofern in einer Phase der Besinnung entstanden und von Mulert offenkundig auch als Versuch verstanden worden, in einer solchen Situation der Besinnung zur politischen und geistigen Orientierung beizutragen.

Die äußeren Ereignisse des Kriegsendes, die die Entstehung des Textes begleiteten, waren demgegenüber stürmisch genug: Das nahegelegene, weitgehend zerstörte Dresden, aber auch der kleine Heimatort Mulerts selbst wurden durch russische Truppenverbände besetzt, eine enorme Flüchtlingswelle traf aus den östlichen Gebieten in Sachsen ein und erreichte auch Niederbobritzsch. Hinzu kamen erhebliche materielle Probleme, die die Familie aufgrund ausbleibender Pensionszahlungen zunächst zu bewältigen hatte. Der Sohn befand sich in Kriegsgefangenschaft; die Eltern waren im Ungewissen über sein Schicksal.¹

Die persönliche Bedrängnis wurde durch die Sorge über das weitere Vorgehen der alliierten Besatzungsmächte noch verstärkt. Es kursierten Gerüchte über Pläne zu einer weitgehenden De-Industrialisierung Deutschlands. Mulert stand unter dem Eindruck, daß sich die Sieger zu einer Rachepolitik entschließen könnten, in deren Folge die deutsche Bevölkerung zu einem, wie er sagt, „Sklaven- und Bettlervolk“ erniedrigt werden würde. – Diese Befürchtung gibt zugleich einen wichtigen Hinweis auf den Entstehungszeitraum des Textes. Denn jene Überlegungen auf alliierter Seite, die ihren ersten Ausdruck schon im Herbst 1944 in Gestalt des berüchtigten „Morgenthau-Planes“ gefunden hatten, wurden in der deutschen Öffentlichkeit, von den abtretenden Diktatoren als letzte Schreckensbotschaft lanciert, erneut im April und Mai 1945 intensiv erörtert. Sie wirkten um so beängstigender, als eine offene Diskussion über das Vorgehen der Besatzungsmächte während der ersten Mona-

1 Vgl. hierzu: Hermann Mulert. Biografische Notizen - Daten - Erinnerungen, 89-93.

te der Besatzungszeit mangels brauchbarer Informationen und aufgrund der rigiden alliierten Nachrichtenpolitik noch nicht geführt werden konnte.² Obwohl Mulert, wie sich aus seinem Text selbst ergibt, an eine Publikation gedacht hat, kam es nicht dazu. Auch eine abschließende Überarbeitung hat Mulert nicht mehr durchgeführt. Die Gründe hierfür lassen sich nur vermuten: Zu zahlreich waren wohl die Beanspruchungen in Hochschule, Kirche und Gemeinde, die sich bereits im Herbst 1945 einstellten. Neben seiner Tätigkeit als „reaktiver Hochschullehrer“ in Jena übernahm er Aufgaben als Hilfspfarrer und als Friedensrichter in seinem Heimatort. Auch politisch war Mulert im Rahmen der von ihm mitgegründeten Liberaldemokratischen Partei wieder aktiv. Überdies lag das Presse- und Verlagswesen völlig darnieder, wodurch einer Publikation weitere Hindernisse entgegengesetzt wurden. Später mag Mulert der Ansicht gewesen sein, daß der von ihm im Moment des Umbruchs formulierte Standpunkt durch die Ereignisse überholt worden sei, so daß nun eine Veröffentlichung nicht mehr geboten zu sein schien.

2. MULERTS POLITISCHES PROGRAMM IM HISTORISCHEN KONTEXT

Mulert stellt sich im Sommer 1945 nicht nur die Frage, welche Konsequenzen sich aus der jüngsten Vergangenheit für die Gestaltung der nationalen und politischen Zukunft ergeben. Zugleich nimmt er in seinem Text auch die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich und der nationalsozialistischen Ideologie auf. In diesem Zusammenhang fällt zunächst auf, wie sehr auch dieser besonnene Liberale selbst noch von der sprachlichen Diktion des Nationalsozialismus bestimmt wird. So gebraucht er unreflektiert eine Reihe von Begriffen und Wendungen, deren ideologischer Gehalt für heutige Leser unmittelbar evident ist, die aber für Mulert 1945 offenkundig unproblematisch waren.

Unhinterfragt spricht er etwa von deutschem „Volkstum“. Der Gedanke einer kulturellen Überlegenheit des deutschen Volkes gegenüber den Völkern in Süd- und Osteuropa ist für Mulert nicht weiter erörterungsbedürftig, und auch Begriffe wie „Volksgenosse“ und sogar „erbgesund“, ein Terminus, der nach heutiger Einsicht von dem Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten nicht getrennt werden kann, finden sich ohne weitere Problematisierung

² Zur Entstehung und zur Diskussion der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die im Zusammenhang mit jenem Plan standen, vgl. Bernd Greiner: Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Planes, Hamburg 1995; Wilfried Mausbach: Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1945 - 1947 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Band 30), Düsseldorf 1996.

in dem Text. Am eigentümlichsten berührt vielleicht der Umstand, daß die alliierten Kriegsgegner, immerhin die Befreier von der Verbrecherherrschaft, nach wie vor als „Feinde“ apostrophiert werden. Ihnen stehen „die Deutschen“ als korporative Gesamtgröße gegenüber.

Diese Redeweise Mulerts macht deutlich, in wie starkem Maße 1945, unmittelbar nach dem politischen und militärischen Zusammenbruch des Dritten Reiches, das geistige Klima in Deutschland noch von der NS-Propaganda geprägt war. Sogar von einem „völkischen Gegensatz zum Judentum“ kann Mulert sprechen, und dies, obwohl er durch ein jahrzehntelanges Engagement im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ seine Ablehnung antisemitischer Denk- und Redeweisen wie nur wenige protestantische Theologen nach 1918 unter Beweis gestellt hat. Man wird überdies in Rechnung stellen müssen, daß Mulert sich noch aus der patriotischen Tradition des protestantischen Bildungsbürgertums heraus, die ihm vor 1900 durch Eltern und Lehrer vermittelt worden war, eine tiefe emotionale Bindung an das Vaterland, seine Kultur und seine Geschichte, bewahrt hatte. Der Text zeigt deutlich, daß diese Bindung auch durch die „völkische“ Ideologie der Nationalsozialisten nicht zerstört worden war.

Für das Verständnis des Textes ist es von elementarer Bedeutung zu beachten, daß es Mulert nicht um eine Erörterung der Schuldfrage geht. Diese Problematik, die in den Jahren 1945 und 1946 gerade liberale Protestanten vielfach beschäftigt hat, wird von Mulert bewußt nicht in den Kontext seiner Fragestellung einbezogen.³ Auch eine Erklärung für den an sich dringend erklärungsbedürftigen Umstand, daß es zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Terrorherrschaft überhaupt kommen konnte, sucht er im Zusammenhang dieses Textes nicht. Im Mittelpunkt steht vielmehr ausschließlich das Problem des politischen und gesellschaftlichen Neuanfanges.

Zu diesem Zweck analysiert Mulert die politische Situation zum Zeitpunkt des Scheiterns der Weimarer Republik. In erster Linie habe es in Deutschland vor 1933 an einer entwickelten politischen Diskussionskultur gefehlt. Gegensätzliche Einschätzungen wurden im politischen Meinungsstreit immer sofort als letztgültige „Gewissenssache“ betrachtet. Eine Dialogpraxis, in der politische Ansichten einander als gleichberechtigte Positionen gegenübergestellt werden konnten, hat sich unter diesen Umständen gar nicht erst ausbilden können. Charakteristisch sei, und zwar in der parlamentarischen Auseinandersetzung ebenso wie in der öffentlichen Debatte, eine verhängnisvolle Neigung zu Extrempositionen. Gerade die Bereitschaft zum Kompromiß aber

³ Vgl. hierzu etwa Martin Dibelius: *Selbstbesinnung des Deutschen*. Herausgegeben von Friedrich Wilhelm Graf, Tübingen 1997.

sei eine der wichtigsten Vorbedingungen für ein funktionierendes demokratisch-parlamentarisches Politiksystem.

Vor dem Hintergrund dieser Lage, deren Überwindung nach einer zwölfjährigen ideologischen Meinungsdictatur schwerer denn je zu erreichen sein würde, schien sich nach Mulert für die politische Reorganisation Deutschlands ein Staatsmodell anzubieten, in dem Elemente des demokratischen Verfassungsstaates mit solchen des autoritären Obrigkeitsstaates verbunden sein sollten. Wie eine solche Kombination divergierender Staatsmodelle im einzelnen aussehen sollte und welchen Grad an verfassungsrechtlicher Stabilität mit ihm verbunden sein konnte, mußte nach Mulert der weiteren Entwicklung vorbehalten bleiben. Selbst das monarchische Prinzip schloß er in diesem Zusammenhang nicht von vornherein aus, wenngleich er ihm aus praktischen Gründen keine Erfolgsaussichten zubilligte.

Auf der Grundlage solcher Überlegungen stellt Mulert die Frage, wie die Deutschen auch nach 1945 noch ein nationales Bewußtsein ausbilden können. Welche Traditionen – Mulert nennt die Stichworte Friedrich, Bismarck und Luther – können sie sich dafür nutzbar machen, und welche Traditionen sind durch die katastrophale historische Entwicklung auf Dauer diskreditiert? An der Notwendigkeit eines solchen nationalen Bewußtseins zweifelt er nicht, zumal aufgrund der kollektiven Zusammenbruchserfahrung, dazu auch wegen der räumlichen Umgruppierung großer Teile der deutschen Bevölkerung infolge der Vertreibungen, das Bedürfnis nach einem verbindenden nationalen Selbstverständnis stark ausgeprägt sei. Von grundlegender Bedeutung bleibt jedoch auch hier für Mulert immer ein Gedanke, den er schon in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren unablässig vertreten hatte: Eine politisch-staatliche Neuorganisation Deutschlands, in der die rechtliche Freiheit des Staatsbürgers gewährleistet sein soll, ist nicht erreichbar, wenn nicht zugleich die geistige Freiheit garantiert ist.

3. ZUR EDITION

Die Vorlage für die Edition bildet eine Typoskript-Fassung des Textes, die von Mulerts Tochter in den sechziger Jahren angefertigt worden ist. Dieses Typoskript beruht auf nicht erhaltenen handschriftlichen Unterlagen. Mulert hat sein Manuskript auf einer Vielzahl einzelner Papierstücke niedergeschrieben. Dazu verwendete er alle geeigneten Materialien, wie die Rückseiten von Briefen, Briefumschläge, Belegzettel etc. Zum Teil war die Papierqualität ausgesprochen schlecht. Die Tintenschrift war daher an einzelnen Stellen kaum noch lesbar, doch haben sich Probleme bei der Texterfassung nur in geringem Maße eingestellt. Bl. 1 des Typoskripts gibt Titel, Verfasser und Jahreszahl

erneut an; diese Wiederholung wurde im Druck fortgelassen. Offenkundige Fehler im Typoskript bei Schreibungen und Zeichensetzung wurden korrigiert. In den Wortlaut ist nicht eingegriffen worden.

Die in eckige Klammern gesetzten Zwischenüberschriften stammen, wie auch die Fußnoten, vom Herausgeber. Die Erläuterungen beschränken sich auf ein Minimum an sachlichen Hinweisen.

HERMANN MULERT

WIE WIR WIEDER EIN VOLK WERDEN SOLLEN

1870 schrieb Hermann Baumgarten, Professor der Geschichte in Karlsruhe, später in Straßburg, der Vater des Theologen Otto Baumgarten und Oheim des Wirtschaftsforschers Max Weber, ein Heft: „Wie wir wieder ein Volk geworden sind“⁴. Die großen Ereignisse jenes Jahres und die vaterländische Begeisterung dafür, daß Nord- und Süddeutschland gegen einen gemeinsamen Feind zusammenstanden, gaben das Recht zu solch freudigem Rückblick. Haben wir 75 Jahre danach um so Schwereres erlebt und stehen noch schwerere Zeiten vor uns, ist nicht nur unser Staat zerschlagen, sondern auch unser Volk, nach dem Willen vieler seiner Feinde, zum Tode verurteilt, in jedem Falle zu Boden geworfen, auseinandergerissen, in Wirklichkeit nicht mehr das, was man mit Recht ein Volk nennt, so suchen wir im Dunkel einen Stern der Hoffnung. So wenig jene Schrift Baumgartens übermütig war, so wenig dürfen und wollen wir verzweifeln. Wir fragen, wie wir wieder ein Volk werden können und sollen.

1. ARBEIT UND HOFFNUNG.

Im 19. Jahrhundert gab es in Deutschland eine große Zahl politischer Parteien. Ihr dauernder und heftiger Streit bedeutete eine Schwäche und Gefahr für die Nation. Als zu Anfang unseres Jahrhunderts versucht wurde, die liberalen Gruppen zusammenzuschließen, ließ der als Gegner Bismarcks seiner Zeit bekannte Eugen Richter seine Anhänger auf einer Tagung in Gießen, einen Beschluß fassen, der sich namentlich dagegen richtete, daß Friedrich Naumann und seine Freunde in solche Einigung einbezogen würden. Naumann, bei nächster Gelegenheit öffentlich darum befragt, antwortete mit lächelnder Ruhe, das werde bei weitem noch nicht der letzte Beschluß in der Ge-

⁴ Hermann Baumgarten: *Wie wir wieder ein Volk geworden sind*, Leipzig 1870 [Zweite, vermehrte Auflage, Leipzig 1870].

schichte des deutschen Liberalismus sein. Was sich als richtig erwiesen hat. Seiner Denkweise hätte es ebenso entsprochen, später von dem Versailler Frieden 1919, den er noch erlebt und an dem er schwer getragen hat, doch zu urteilen, auch das werde noch nicht der letzte Vertrag in der Geschichte des Deutschen Volkes und der beteiligten anderen Völker sein, bei weitem auch nicht der letzte Beschluß in der Weltgeschichte.

[1.1. NATIONALE EINHEIT UND STAATLICHE EINIGUNG]

So sollen wir, wenn die Sieger nach dem zweiten Weltkrieg uns jetzt Lasten auferlegen, noch viel schwerer als die von 1919, und wenn weithin der Wille sichtbar wird, das deutsche Volk sterben zu lassen, unseres Landes Macht und Ehre für immer zu vernichten, zunächst still und fest uns sagen: Auch das werden noch nicht die letzten Beschlüsse in der Weltgeschichte, in der Geschichte unseres Volkes und der übrigen Beteiligten sein. Geibel hat in einer Zeit, da über alle Vaterlandsfreunde tiefe Enttäuschungen gekommen waren, gesungen:

„Wenn der Morgen, der heute tagt,
nichts als Trümmer dich schauen läßt,
unter Trümmern doch unverzagt
halte im Herzen die Hoffnung fest!

Mag dies irre Geschlecht mit Hohn
ihrer spotten, verzweifle nie,
und im Sterben an deinen Sohn
als dein Kleinod vererbe sie.“⁵

Wir denken leicht zu wenig daran, zu welchem Tiefstand deutsche Macht und Würde wiederholt schon gekommen sind. Seit 1813 hatten wir keinen Feind mehr im Lande gehabt; der Krieg von 1866 war innerdeutsch, die von

⁵ Emanuel Geibel (geb. 17. Oktober 1815 in Lübeck; gest. 6. April 1884 in Lübeck) gilt als repräsentativer Lyriker der deutschen Einigungsbestrebungen unter preußischer Führung. Das angeführte Gedicht: „Halte die Hoffnung fest!“ stammt aus dem Jahre 1851. Mulert zitiert die ersten beiden von vier Strophen (vgl. Emanuel Geibel: Gesammelte Werke. Vierter Band. Zweite Auflage, Stuttgart 1888, 207). Die Fortsetzung lautet: „Daß er [*scil.*: der Sohn] harre wie du getreu / Und gerüstet zu frischer That, Wenn zu scheiden vom Korn die Spreu / Einst der Tag der Erfüllung naht. // Jener Morgen von Gott gesandt, / Der bei klingendem Schwererstreich / Im zerstückelten Vaterland / Neu aufrichtet das deutsche Reich.“

1864 und 1870 waren kurz und siegreich, und im ersten Weltkrieg haben die Russen nur ganz zu Anfang ein Stück von Ostpreußen besetzt und die Franzosen wiederholt solche von Elsaß-Lothringen. Aber daß das ganze linke Rheinufer von den Gegnern besetzt wurde, geschah erst auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen. Bis dahin hatten vielmehr unsere Heere auf französischem und belgischem Boden gestanden. Und die Ruhrbesetzung 1925 war nur kurz, geschah übrigens ohne neue Kriegserklärung. Aber 1813 standen Russen und Franzosen auf deutschem Gebiet, die Russen zwar als Freunde; immerhin war der Zar damals so viel mächtiger als alle deutschen Fürsten, daß es nicht hätte überraschen können, wenn er bei den Friedensverhandlungen eine Art Schutzherrschaft über Teile Deutschlands beansprucht hätte. Und Napoleon hatte 1806/07 Preußen rasch so weit besetzt, daß er den Frieden an der äußersten Nordostgrenze des Landes, in Tilsit, schließen konnte. Das war, wie wenn Deutschland mit Frankreich einen Frieden an den Pyrenäen schloße. Vorher aber, im siebenjährigen Krieg, sind die Russen zeitweise in Berlin gewesen, die Franzosen bis in die Nähe von Leipzig gekommen.

Im dreißigjährigen Krieg hat Deutschland die Hälfte seiner Bewohner verloren. Gustav Adolf, mochte er auch als Freund der Evangelischen gekommen sein, drang bis München vor, so wie 1547 Karl der Fünfte mit seinem spanischen Heer bei Mühlberg siegte und bis Wittenberg kam. Und wenn wir in die älteste deutsche Geschichte zurückgehen - es hat vielleicht nicht viel gefehlt, daß die Römer, wenn sie im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung nur etwas stärker oder ausdauernder gewesen wären, den Widerstand der Cherusker und anderer Stämme gebrochen und Germanien in ähnlicher Weise kolonisiert hätten wie Gallien, so daß auf unserem Boden heute ein romantisches Mischvolk säße, wie sie in Süd- und Westeuropa wohnen. Als aber die germanischen Stämme dann das römische Reich überfluteten, drängten von Osten die Slawen und andere Völker nach. Die Hunnen kamen über Deutschland hinaus bis Frankreich, kamen einmal in die Gegend von Chalons. Im 10. Jahrhundert stürmten die Ungarn bis nach Thüringen und wenige Jahrzehnte nachher bis an den Lech, im 13. Jahrhundert die Mongolen bis Liegnitz. Zweimal, 1529 und 1683, haben die Türken Wien belagert, und ein Vordringen dieser Mohamedaner auf deutschem Boden ist von der europäischen Christenheit damals so angesehen worden, wie wir heute die Heerzüge der Bolschewisten auf unseren Fluren empfinden.

In unserer Geschichte hieß es oft genug nicht „O Deutschland hoch in Ehren“, sondern „O Deutschland tief in Leiden“. Wiederholt war solches Leid mitverschuldet durch innerdeutsche Zwietracht. Conrad Ferdinand Meyer läßt seinen Hutten sagen:

„Der deutsche Ritter auch, er ficht und rauft
für jeden fremden König, der ihn kauft.
Fürst, Pfaffe, Bauer, Städte, Ritterschaft,
ein jeder trotzt auf eigne Lebenskraft.
Nichtsnutzig eine Freiheit, die vergißt,
was sie der Reicheshhre schuldig ist!
Nichtsnutzig eine deutsche Libertät,
die prahlerisch im Feindeslager steht!
Geduld! Es kommt der Tag, da wird gespannt
Ein einig Zelt ob allem deutschen Land.
Geduld! Wir stehen einst um *ein* Panir
Und wer uns scheiden will, den morden wir.
Geduld! Ich kenne meines Volkes Mark:
Was langsam wächst, das wird gedoppelt stark.
Geduld! Was langsam reift, das altert spät:
Wenn andere welken, werden wir ein Staat.“⁶

Der sind wir, nachdem wir es 1815 und 1848/49 noch nicht geworden waren, durch Bismarck geworden, und wenn die Deutsch-Österreicher dabei noch fehlten, so sind auch diese, die es 1918 schon wollten, 1938 zum Reich gekommen. Freilich ist Schenkendorfs Verheißung von 1814:

„Nimmer wird das Reich zerstöret, wenn ihr einig seid und treu.“

nicht in Erfüllung gegangen⁷; das Reich ist für den Augenblick furchtbarer zerstört als – nun, sagen wir: je seit 1648 oder 1807. Wir waren eben nicht einig.

Indem der Nationalsozialismus allen Widerstand mit Gewalt zu überwinden suchte, verbitterte er weite Volkskreise immer tiefer. Und wir waren nicht

6 Conrad Ferdinand Meyer: Huttens letzte Tage. Eine Dichtung (1871). Kapitel XXXVI: Deutsche Libertät, V. 15-30 (Conrad Ferdinand Meyer: Sämtliche Werke. Vollständige Texte nach den Ausgaben letzter Hand. Band 2, München 1976, 413-414).

7 Gottlob Ferdinand Maximilian Gottfried von Schenkendorf (geb. 11. Dezember 1783 in Tilsit; gest. 11. Dezember 1817 in Koblenz); Mulert zitiert aus dem Gedicht „Frühlingsgruß an das Vaterland“ von 1814 (Erstdruck vermutlich 1815; eine Vertonung stammt von B. Klein). Die Schlußstrophe lautet vollständig: „Ihr in Schlössern, ihr in Städten, / Welche schmücken unser Land, / Ackersmann, der auf den Beeten / Deutsche Frucht in Garben band, / Traute deutsche Brüder, höret / Meine Worte alt und neu: / Nimmer wird das Reich zerstöret, Wenn ihr einig seid und treu!“ (zitiert nach Max von Schenkendorf: Gedichte. Herausgegeben, mit Einleitung und Anmerkungen versehen von Edgar Groß, Berlin / Leipzig / Wien / Stuttgart o.J. [1912], 60; vgl. auch: 215).

treu. Davon wird nachher mehr zu sagen sein. Ein solches Maß von Unterdrückung der freien Rede und Schrift, von Ängstlichkeit der Einzelnen, ihre politischen Gedanken vor den Anderen auszusprechen (weil man jemand durch Anzeige ins Konzentrationslager bringen konnte), von erzwungenen Gehorsamsbezeugungen, von Verlogenheit im öffentlichen Leben wie im Dritten Reich hatte es seit 1819, seit den Tagen Metternichs, in Deutschland nicht mehr gegeben. Viele Nationalsozialisten haben ehrlich und freudig daran geglaubt, unser Volk werde sich in ihrer Denkweise wieder zusammenfinden; die Widerstrebenden würden allmählich sich innerlich überwinden lassen. Statt daß man Ventile aufmachte, nach Erfolgen wie der Wiederbesetzung des Rheinlands mit deutschen Soldaten, der Rückkehr des Saargebiets, dem Anschluss Deutsch-Österreichs nun wirklich in größerem Maße freie, auch kritische Erörterung der staatlichen Dinge zugelassen hätte, auch bisher abseits gedrängte, von politischer Mitarbeit ausgeschlossene Volkskreise zu solcher herangeholt hätte, hat man den Druck und Zwang mindestens nicht vermindert. Und das mußte, je länger dies Wesen andauerte, als vermehrte Belastung wirken. Treue hängt mit Vertrauen zusammen, Vertrauen aber setzt Freiheit und Wahrheit der öffentlichen Aussprache voraus. So waren wir nicht treu.

[1.2. PROBLEMATISCHER UMGANG MIT DER EIGENEN GESCHICHTE]

Wir waren es auch in dem Sinne nicht, daß wir das Gute und Große aus unserer Geschichte nach Gebühr gepflegt hätten. Wohl wurden einzelne Helden unserer Vergangenheit hoch geehrt. Wenn z.B. die Verdienste des in Norddeutschland viel zu wenig gekannten Prinzen Eugen ans Licht gerückt wurden, wenn der mittelalterliche Mönch Meister Eckart als deutscher Denker liebevoll studiert wurde, so war das nur gerecht. Aber schon das Bild Friedrichs des Großen, das man den Massen einzuprägen suchte, war sehr einseitig. Der große Heerführer und Staatsmann wurde hervorgehoben, aber daß dieser König den Geist der Aufklärung vertrat, daß er die Freimaurer, die Juden und die Jesuiten in Preußen besser behandelt hat, als sie meist anderswo behandelt wurden - er war selbst Freimaurer -, davon schwieg man; diese Tatsachen hätten allen nationalsozialistischen Dogmen ins Gesicht geschlagen. Und vollends die jüngste deutsche Vergangenheit, die Zeit mühsamen Wiederaufstiegs 1919-1932, wurde als die eines fluchwürdigen „Systems“ fast nur heruntergerissen. Daß sie, wenn auch an Fehlern, doch zugleich an zäher Arbeit reich war, die in fast verzweifelter Lage geleistet wurde, dafür hatte man keinen Sinn. Unzählige sahen denn auch die Dinge so an, als fange die deutsche Geschichte, die zu kennen und zu lieben sich lohne, erst 1933 oder

doch erst mit Hitler an. Aber gerechteres Urteil über des eignen Volkes Geschichte gehört durchaus zu der Treue, ohne die ein großes Volk sein staatliches Dasein und seine Macht schwerlich behalten wird und zu behalten auch nicht wert ist.

Man hat insbesondere vom völkischen Gegensatz zum Judentum und unklarer Begeisterung für nordisches Wesen her wenig Sinn dafür gehabt, wie eng unsere Geschichte, schon das Werden des deutschen Volkes, mit der Geschichte des Christentums verknüpft ist. Weil man übereilt nicht nur das Alte Testament als Judenbuch ansah, verkennend, wie sehr anders die alten Israeliten gewesen sind als die späteren Juden, sondern auch Jesus und seine Botschaft als orientalisches, jüdisches, nicht arisches verwarf, wurde man blind dafür, wie gerade die Vermählung deutschen Wesens und christlichen Geistes, besonders im Mittelalter, die herrlichsten Werke deutscher Kultur geschaffen hat. Und man verlor die Fühlung mit Luther und Paul Gerhardt, mußte schließlich auch Johann Sebastian Bach als fremd empfinden, ebenso den starken Einschlag biblischen Gedankengutes in der geistigen Welt unserer Klassiker. Damit zerschnitt man viele Wurzeln, aus denen deutschem Wesen Kraft zugeflossen ist und weiter zufließen kann.

Man hat von dem reichen Schatz deutschen Geisteserbes Vieles unbenutzt gelassen. Ob aber die neuen Losungen, die man ausgab, wirklich zukunfts-künftig waren oder vielmehr nur Schlagworte, mußte sich erst zeigen. Die Zeit starken politischen Aufschwungs sind die Jahre des Dritten Reiches bis 1941 gewesen, mochte die Grundlage auch brüchig sein; eine Zeit geistigen Aufschwungs waren sie sicher nicht.

[1.3. ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE]

Nach dem ersten Weltkrieg sind viele Deutsche verzweifelt. Man weiß von solchen, die ihres Vaterlands Unglück nicht überleben mochten und Selbstmord begingen. Einst hatte Friedrich List, der fähig gewesen wäre, Deutschland mächtig in die Höhe zu bringen, nach dem Scheitern seiner Hauptpläne das Gleiche getan, und schon 1811 Heinrich von Kleist, der die Finsternis der deutschen Knechtschaft unter Napoleon nicht tragen mochte. Wir haben solche Männer nicht zu richten, aber Recht gegeben hat ihnen der weitere Gang der Geschichte nicht. Auch ein Größerer, Goethe, meinte, es werde uns nichts helfen, an unsern Ketten zu rütteln, „der Mann ist Euch zu groß“. Es kam anders; Blücher ging bis Paris, und Napoleon starb auf Sankt Helena. Aber wie einst ein Polenführer schmerzlich ausrief: „Finis Poloniae“, Polen ist verloren, so soll ein berühmter und leidenschaftlich deutsch gesinnter Geschichtsschreiber 1919 geäußert haben: „Finis Germaniae“. Sprach er so, dann

war in ihm mehr der heftige Wille des Politikers als die Besinnung und Weisheit des Historikers. Bald nach 1919 ist in den Ländern unserer Feinde eine Reihe wichtiger Veränderungen eingetreten, soweit nicht, wie in Rußland, die für den Krieg Verantwortlichen schon vorher hatten weichen müssen. An die Stelle Lloyd Georges traten zwar zunächst Konservative, aber 1924 der Führer der Arbeiterpartei, Macdonald, ein aufrichtiger Friedensfreund. Wilson war schon 1919 ein kranker Mann, Poincaré, Clémenceau, sie alle haben ihre Macht nicht mehr lange behalten.

Wichtiger aber als der Personenwechsel war der Wandel der Ideen und Stimmungen. An Stelle der von Haß gegen Deutschland und Deutsch-Österreich erfüllten Kriegspolitiker gewannen mehr und mehr die Wirtschaftskundigen Einfluß, die sahen, daß in einer durch den Krieg und dann durch die Sieger tief geschädigten europäischen Wirtschaft auch ihre eigenen Länder nicht gedeihen konnten, und die Vertreter der Menschlichkeit und die bewußten Christen, die am weitesten darin kamen, sich zu verständigen. Nachdem die Quäker und andere unmittelbar nach dem Kriege, wo Not war, Hilfe gebracht hatten, ließ man den Taten der Liebe nun Erwägungen der Gerechtigkeit und Nachprüfung des durch die Kriegspropaganda entstellten Sachverhalts folgen. Die so gesinnten Kreise sind nicht stark genug gewesen zu verhindern, daß in den dreißiger Jahren die rückläufigen Mächte, wilder nationaler Fanatismus, Siegerhochmut, Habgier der Reichen und Herrschsucht der Mächtigen, den Willen zu Friede und Verständigung wieder mehr und mehr unterdrückten. Aber wie 1931, als Brüning und Laval miteinander verhandelten, wirkliche Hoffnung auf Festigung des Friedens war, so brauchen wir daran nicht zu zweifeln: War jetzt der Kampf noch härter, ist der Haß noch bitterer, sind entsprechend die Friedensbedingungen noch schwerer, ist der Wille des Siegers, den Besiegten zu vernichten zehn Mal wilder, als er 1919 war.

Wenn nicht wieder in 12, so sind in 24 oder 48 Jahren die vermodert, die jetzt der Ungeist des Hasses beherrscht. Je zäher und schlauer sie alle tun, um ihr System zu verewigen, desto kräftiger wird sich bei Söhnen und Töchtern, spätestens bei den Enkelkindern der Wille zur Einsicht, das Verlangen nach geschichtlich gerechtem Urteil geltend machen. Mögen die Besiegten jetzt lange „wieder gut machen“ sollen; später wird man auf der anderen Seite fühlen, wie viel man selbst wieder gut zu machen hat. Besiegt sein ist immer eine Last und heute eine furchtbar schwere. Den Sieg zu mißbrauchen ist aber eine Schande, von der die Vertreter wahrer nationaler Ehre ihre Völker irgendwann und irgendwie werden los zu machen suchen. Freilich bis dahin kann entsetzliches Unheil angerichtet werden. In wenigen Jahren kann ein großer Teil eines Volkes ausgerottet werden, ja in wenigen Monaten können Millionen in solche Verhältnisse gebracht werden, daß es einer Verurteilung zu langsamem oder raschem Tode gleichkommt.

Alle jene Hoffnungen gelten einfach vom Glauben an eine sittliche Weltordnung her, an Gerechtigkeit in der Geschichte. Die andere Frage, die politische, sei nur angedeutet, wie lange das Bündnis zwischen Kapitalismus und Bolschewismus, zwischen den Vereinigten Staaten und England einerseits, Rußland andererseits Bestand haben wird. Ob wir Deutschen es uns wünschen sollen, daß es bald auseinanderbricht, ist freilich sehr fraglich, weil ein Kampf zwischen beiden vielleicht auf unserem Rücken, zum Teil wenigstens auf dem Boden unseres Landes ausgetragen werden würde.

[1.4. DAS PROGRAMM: ARBEIT AM AUFBAU]

Aber gleichviel, wann die politische Lage nicht mehr so schrecklich für uns sein wird wie jetzt, eins ist klar: Nur mit äußerster Anspannung aller Kräfte werden wir uns das Nötigste zu dem bescheidenen Dasein eines armen Volkes schaffen können. Will man uns zu einem Sklaven- und Bettlervolk machen, - wir wollen ein arbeitendes Volk werden, mehr noch als wir es bisher schon längst gewesen sind. „Und im Unglück erst recht.“ Von England her ist es uns zwar vor dem früheren Kriege oft genug vorgeworfen worden, die Dauer unseres Arbeitstages und der Eifer, mit dem bei uns gearbeitet würde, ermöglichten uns, anderen Völkern in unerträglicher Weise Konkurrenz zu machen. Wenn man uns jetzt zu noch fleißigerer Arbeit zwingen will, so kann man uns deren Früchte eine Zeit lang wegnehmen, in der Form von Kriegsentschädigung oder irgendwelcher anderen [Form]. Man kann auch versuchen zu hindern, daß Deutschland zu gute komme, was treue Söhne unseres Vaterlandes, die (oder deren Vorfahren) ausgewandert sind, ihrer Heimat in solchen Jahren der Not zuzuwenden suchen vom Ertrag der Arbeit, die sie in der Ferne leisten, ihres deutschen Erfindergeistes. Aber beliebig lange hält kein Volk solche Ausbeutung aus. Die Arbeitssklaven brechen dann zusammen wie überlastete Tiere. Und die Ausbeuter schneiden sich ins eigene Fleisch. Nach dem vorigen Kriege rief Erzberger den Siegern zu: „Wer Hunger sät, wird Bolschewismus ernten.“ Die geistigen Seuchen, die seelischen Erkrankungen, die in den ausgehungerten Völkern und Ländern notwendig entstehen, sind auf die Dauer auch den Siegern gefährlich.

Eine besondere Gestalt nimmt die Gefährdung unseres Volkstums an, wenn, wie angekündigt, in größerem Maße deutsche Arbeitskräfte nach Rußland zwangsweise verschickt werden sollen, oder gar nach Sibirien. Aus dem Alttertum kennen wir den Gebrauch, so zu deportieren. Und inwieweit sie in fremder Umgebung ihr Volkstum behalten haben oder vielleicht mehr von den umwohnenden Stämmen wesentlich aufgesogen worden sind, davon haben wir keine ausreichende Kenntnis. Daß ein großer Teil der Israeliten auf

solche Weise in die babylonische „Gefangenschaft“ wandern mußte, dieses aus dem Alten Testament bekannte Beispiel beweist deshalb nicht viel, weil nach zwei Menschenaltern diejenigen, die zurückkehren wollten, es durften. Es werden nicht alle gewollt haben, aber an sich hatte gerade dieses Volk einen besonders straffen Zusammenhalt gegenüber allen Fremden in dem tiefsten Gegensatz zwischen seiner Religion und der ihren, dem Glauben an einen Gott und der Vielgötterei.

Deutsche, die in den letzten Jahrhunderten freiwillig nach Amerika oder sonst über See ausgewandert sind, haben ihr Volkstum oft bedauerlich rasch verloren, während die nach Ost- und Südeuropa Gezogenen, nach Wolhynien, der Wolga, Bessarabien, es im allgemeinen treu festgehalten haben, was ihnen durch die kulturelle Überlegenheit über ihre Umgebung erleichtert wurde. So darf man auch für Deutsche, die zwangsweise nach dem Osten gebracht werden, erhoffen, daß viele ihr Volkstum bewahren – allerdings würde das viel leichter sein, wenn sie auch deutsche Frauen dort haben könnten. Andererseits: Es steht noch nirgends geschrieben, wie lange solche Zwangsverschickung wirklich dauern wird und wann solche, die das ungünstige Klima und die Überanstrengung aushielten, würden heimkehren können.

Soweit es sich aber um Arbeit auf dem Boden des Vaterlandes handelt, die Feinde jedoch unsere Industrie nicht nur für jetzt möglichst zerstören, sondern auch für die Zukunft möglichst niederzuhalten suchen sollten, dürfen wir darauf vertrauen, daß unser Volk, ehe bei uns eine stärkere Industrie aufkam, sowohl in Landwirtschaft und Gartenbau als auch im Bergbau zu arbeiten gelernt hat. Daß zunächst, als die größeren Städte wuchsen, der Städter und der Bauer einander fremd wurden, das ist z.T. schon im vorigen Kriege anders geworden, durch das Verdienst unserer Feinde, die uns aushungern wollten. Der Städter lernte die Arbeit des Bauern wieder mehr kennen und schätzen. Andererseits aber kann eine Landwirtschaft, die aus dem Boden möglichst viel herausholt, gar nicht ohne industriell-technische Mittel sein.

Und ist die Entwicklung zum Industriestaat bei uns rascher gegangen, als der Gesundheit unseres Volkes gut war, weil viele vom Dorf Zugewanderte in den Industriegegenden zunächst Proletarier wurden, ist das Wachstum der Großstädte bei uns ungesund gewesen, hat die Mietskaserne schwere Schäden angerichtet, so mag man heute beinahe sagen, haben wir zu wenig auf Damaschke und die anderen Bodenreformer gehört, und mehr als hundert Jahre hindurch Milliarden in den Riesenhäusern der Großstädte angelegt, so wird nun Bodenreform auf sehr schnelle und grausame Art durchgeführt, indem diese Städte weithin zu Trümmerfeldern geworden sind. In der alten Weise sie wiederaufgebaut hätten wir hoffentlich auch dann nicht, wenn wir gesiegt hätten. Nun aber ist es völlig klar, daß an Stelle der Mietskasernen, sobald und soweit überhaupt wieder gebaut werden kann, größtenteils klei-

nerer Häuser treten werden. Die Zahl der bisherigen Großstädter, die künftig weiter draußen mehr Licht, mehr Luft und einen Garten haben wollen, wird groß sein. Wir wollen uns dessen freuen! Bei vielen werden Leib und Geist gesünder, wenn sie ein, sei es auch noch so kleines Stück Land selbst bebauen und so noch ein anderes Verhältnis zur Natur gewinnen als der gelegentlich spazieren gehende oder fahrende Großstädter des letzten Jahrhunderts. Niemand kann abschätzen, wie viel seelische Werte dadurch verlorengegangen sind, daß zuletzt mehr als ein Viertel unseres Volkes in Großstädten wohnte. Wohl, es haben Arbeitslosigkeit, Inflation und Wohnungsnot zusammen auch in den schlimmsten Jahren 1919-1923 in unserem Volk den Lebenswillen nicht ganz töten können. Aber manche Großstädte behielten ihre Volkszahl nur noch durch Zuzug, und namentlich in Wien, aber auch in anderen Teilen Deutsch-Österreichs war während der Jahre, wo dieses Land zu ohnmächtigem Sonderdasein verurteilt war, der Wille zum Kind bedenklich schwach geworden. Unter unseren Feinden mögen solche sein, die diesen Zustand für ganz Deutschland wünschen. Aber wie ich neulich eine junge Deutsche sagen hörte: „Solange noch Frühling wird und solange Kinder geboren werden, soll man nicht verzweifeln.“, so wird sich zeigen, was länger Stand hält, der Haß und Vernichtungswille der erbitterten Feinde oder die Lebenskraft des deutschen Volkes. Wir können jetzt nur abwarten, was die Sieger uns auferlegen. Und es kann so Unerträgliches gefordert werden, daß wir ehrlicher Weise nicht Ja sagen dürfen, nicht so tun dürfen, als könnten wir solche Bedingungen erfüllen. Mag der Feind uns dann noch härter bedrücken: Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, daß wir die nächsten Übel immer für die schwersten halten.

Bei einem bleibt es: Wir wollen arbeiten mit dem Fleiß und der Treue, die wir unseren Vätern und Müttern, unseren Kindern und Enkeln schuldig sind. Das oft angeführte Wort des schottischen Deutschland-Freundes Carlyle: „Arbeiten und nicht verzweifeln.“, soll von uns ganz ernst genommen werden. Arbeit hat Viele vor der Verzweiflung bewahrt. Arbeit, die völlig zwecklos wäre, leistet allerdings niemand lange. Aber bei vielen Arten der Arbeit kann man den Zweck nicht nachweisen, man kann auf ihren Erfolg nur hoffen, an ihren Sinn nur glauben. Deutschland aus der Zerstörung wieder aufzubauen, mag als eine Aufgabe erscheinen, bei der jeder Einzelne, um Schillers Worte zu brauchen, zu dem Bau der Ewigkeiten zwar Sandkorn nur für Sandkorn reicht.

Aber es wird so von der Schuld der Zeiten mehr und mehr abgetragen.⁸ Wie unsere Vorfahren auf verwüsteten Fluren nach dem dreißigjährigen Krieg in allem Elend zähe gearbeitet haben, so sollen und wollen auch wir tun. Wir wollen nicht aufs Blaue hin hoffen – der Himmel ist für uns sehr dunkel –, sondern wollen unsere Hände regen, so lange wir können. Wir arbeiten nicht ohne Hoffnung, der Vaterlandsfreund in unauslöschlicher Liebe zu seinem Volk und Land, der Idealist im Glauben an eine sittliche Weltordnung, der Christ im Gottvertrauen.

2. FREIHEIT UND WAHRHEIT.

Die einen Völker sind mehr durch ihre Führer stark geworden, andere mehr durch Tüchtigkeit und Gemeinsinn der Menge. Heil den Völkern, in denen beides sich verbunden hat! Wie Kinder bisweilen gezwungen werden müssen, das zu tun, was ihnen nützlich ist, so können Völker auch, so zu sagen, gegen ihren Willen glücklich und stark gemacht werden. Friedrich der Große und andere Vertreter des Despotismus der Aufklärungszeit haben in ihrer Weise solches geleistet, ähnlich Bismarck und sein König in den Jahren des Konflikts mit dem Abgeordnetenhaus. Aber wie Bismarck dann eine Versöhnung mit dem Landtag anstrebte und erreichte und wie Kinder heranwachsen und sich dann nicht mehr zwingen lassen, so gilt: Völker verlangen, sobald die geistige Selbständigkeit vieler in ihnen zunimmt, ein gewisses Maß von Freiheit der Einzelnen auf verschiedenen Lebensgebieten, in Wirtschaft, Sitte, Glaube, Bildung, Wissenschaft, Kunst und dem der Mitbestimmung des Volkes über seine Schicksale, was eine Einschränkung der Herrschermacht bedeutet. Widerstreben die bisherigen Alleinherrscher, so können sie gestürzt werden; geben sie nach, so kommt es zu einer Verbindung von Herrschermacht und Volksvertretung, wie es die konstitutionelle Monarchie ist. In jedem Falle müssen auch die Volksvertreter zeigen, ob sie ihren Aufgaben gewachsen sind. Wenn parlamentarische Formen so gemißbraucht werden wie es in der deutschen Republik geschah, wenn zwar Regierungen zum Rücktritt veranlaßt werden, aber infolge Parteienzersplitterung keine Mehrheit für positives Schaffen zu Stande kommt, schlägt die Demokratie leicht wieder in Diktatur um.

⁸ Vgl. Friedrich Schiller: Die Ideale (1795/96), V. 81-88: „Und du, die gern sich mit ihr [scil.: der Freundschaft] gattet, / Wie sie der Seele Sturm beschwört, / Beschäftigung, die nie ermattet, / Die langsam schafft, doch nie zerstört, / Die zu dem Bau der Ewigkeiten / Zwar Sandkorn nur für Sandkorn reicht, / Doch von der großen Schuld der Zeiten / Minuten, Tage, Jahre streicht“ (zitiert nach Friedrich Schiller: Sämtliche Werke. Herausgegeben von Gerhard Fricke und Herbert G. Göpfert. Erster Band, München 1980, 190).

[2.1. FREIHEIT ALS VORAUSSETZUNG DES STAATSWESENS]

Gemeindliche und städtische Selbstverwaltung pflegen Vorschule des Volkes für Mitwirkung bei der staatlichen Gesetzgebung zu sein. In England hat Jahrhunderte lang politische Erziehung eine gute Überlieferung geschaffen; in Frankreich bedeutete der häufige Wechsel der Ministerien eine Schwäche der Republik. Ob in Rußland die nach langer Zeit unumschränkter Zarenherrschaft rasch geschaffenen Formen parlamentarischen Wesens auf die Dauer dem Volkscharakter entsprochen hätten, läßt sich nicht sagen, da sie bald durch die Diktatur der bolschewistischen Führer ersetzt wurden. Im allgemeinen aber wird ein großes Volk, das lange Zeit seine Schicksale selbst bestimmt oder doch mitbestimmt hat, sich diese Macht nicht leicht auf die Dauer wieder nehmen lassen.

Zu verständiger Ausübung seiner politischen Rechte gehört aber politische Kenntnis, politische Bildung möglichst vieler, also ernsthafte Erörterung des Für und Wider bei den wichtigeren Fragen des öffentlichen Lebens. Solches Suchen des Richtigen, der Wahrheit, hat seinen sittlichen Charakter nur, wenn einer die redliche Überzeugung des andern achtet und wenn das Suchen in Freiheit erfolgt. Darum sind Rede, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit Grundforderungen des neuzeitlichen politischen Lebens. Daß man Entartungen wie Verleumdung des Andersdenkenden, Aufreizung zu Gewalttaten, die das Recht zerbrechen würden, Verbreitung von Unsittlichem bekämpfen und verhüten soll, ist dabei selbstverständlich, schon weil sonst der Mißbrauch der Freiheit diese selbst in Verruf bringen würde. In irgendwelchem Maße wird, wo der Wille zu solchem Schutz da ist, sich auch der Weg finden lassen. Aber dieser Vorbehalt ändert nichts an der Berechtigung und Kraft jenes Verlangens nach Freiheit überhaupt.

Wie sehr es aber an Achtung vor dem andersdenkenden Volksgenossen im Dritten Reich gefehlt hat, haben wir erlebt. Die Agitation des Nationalsozialismus führte zu Fanatismus, Blindheit, Mißachtung jeder abweichenden Denkweise. Das wäre ein schwerer Schaden gewesen, auch wenn es noch Rede- und Pressefreiheit gegeben hätte. Aber an Stelle von Versammlungen mit freier Gegenrede gab es bald nur noch Kundgebungen, nämlich der einen Partei, die allein noch geduldet wurde, und die Pressefreiheit hörte auf. Das ganze geistige Leben sollte braun angestrichen werden, aber unter solcher Tünche wurde der Widerwille immer stärker.

In der Republik hat der Minister Dietrich einmal gefragt, ob wir ein Staatsvolk seien oder [ein] Interessenhaufen. Letzteres wollte der Nationalsozialis-

mus nicht, und soweit er Gemeinnutz vor Eigennutz gehen ließ, hatte er Recht.⁹ Aber ein Staatsvolk zu sein, hat er uns gründlich abgewöhnt, indem er den Staat zum Parteistaat machte. Der einen Partei, die den Staat trug, beherrschte und oft genug für sich ausnützte, stand erst sorgend und zweifelnd, dann grollend und drohend ein immer größerer Teil unseres Volkes gegenüber, zur Stummheit verurteilt. Doch man wußte, wie wenig die Millionen noch glaubten, was in den Zeitungen stand, was die amtlichen Versammlungsredner vortrugen und was der Rundfunk bot. Der Widerspruch wäre noch viel stärker zum Ausdruck gekommen, wenn nicht Unzählige gefürchtet hätten, ihr Nachbar oder mit wem sie sonst sprachen, könnte sie anzeigen. Unser Volk wurde mehr und mehr verängstigt. Ob die Wege der amtlichen Politik richtig waren, konnte nur im Ausland erörtert werden, und von diesem wurde Deutschland mehr und mehr abgeschlossen. Alles wurde auf *eine* Karte gesetzt, aber wenn diese die falsche war?

[2.2. TOLERANZ IN DER POLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG]

Irrtümer kommen in jedes Volkes und Landes Politik vor, aber schlimmer, als daß man die Wahrheit verfehlt, ist es, wenn die Wahrhaftigkeit, die Aufrichtigkeit unterdrückt wird. Wollen wir wieder ein Volk werden, dann gehört dazu, daß wir wieder Achtung vor abweichender politischer Überzeugung des Volksgenossen gewinnen, vor jeder, so lange wir sie für wirkliche, ehrliche Überzeugung halten können. In den beiden Weltkriegen haben Deutsche aus allen Parteien und allen Stämmen und allen Bekenntnissen miteinander in den Schützengräben gelegen und miteinander ihr Leben fürs Vaterland hingegeben. Nun soll es uns sein, als ob diese gefallenen Brüder uns zuriefen: „Deutsche aus allen Stämmen und Ständen und Parteien und Konfessionen, habt doch ein wenig mehr Vertrauen zu einander!“ Wahren wir dies Erbe nicht, vollstrecken wir dieses Testament unserer Toten nicht, dann werden wir nie wieder ein Volk werden, dann würden wir ein Haufen von geistig Unmündigen, von Sklaven und Fanatikern werden und bleiben.

⁹ In Artikel 24 des Programmes der NSDAP vom 24. Februar 1920 heißt es: „Die Partei als solche [...] ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ (zitiert nach: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Herausgegeben, eingeleitet und dargestellt von Walther Hofer, Frankfurt am Main 1983, 30-31).

[2.3. ANFORDERUNGEN AN DIE BEAMTEN]

Achtung vor abweichender ehrlicher Überzeugung müssen besonders die im Staat Führenden und die leitenden Beamten beweisen, indem sie bei Anstellung im öffentlichen Dienst möglichst wenig nach Parteizugehörigkeit, möglichst rein nach Tüchtigkeit und Eignung fragen. Natürlich hat das eine Grenze; wer von rechts oder links her Revolution machen will, hat keinen Anspruch auf Anstellung im Dienst der Gemeinschaft, deren Rechtsordnung er brechen will, statt ihr zu dienen. Und wer zu einer fanatischen und gegen Andersdenkende verständnislosen Gruppe gehört, würde dann wohl auch im öffentlichen Dienst es an der geistigen Beweglichkeit fehlen lassen, die Voraussetzung für seine befriedigende Ausübung ist. Nur redet mancher Parteimann so einseitig, wie es seinem wirklichen Wesen nicht entspricht, und hat, sobald er nicht mehr seiner Partei, sondern dem Staat zu dienen hatte (oder einer Körperschaft in ihm), erfreulich um- und hinzugelernt; Bismarck selbst galt, ehe er in den diplomatischen Dienst trat, als schroffer Parteimann und war doch wahrlich mehr als das.

So war es denn schon weise, daß im ersten Weltkrieg, wie schon die Gewerkschaften ihren Anteil an der Regelung der öffentlichen Wirtschaft erhielten, auch einige Sozialdemokraten in Beamtenstellungen einrückten, obwohl von der Partei grundsätzlich die Monarchie abgelehnt wurde; z.T. haben sie sich da durchaus bewährt. Umsicht, Umgänglichkeit, Wohlwollen, Erzieherweisheit, Geduld werden jedem, der da zu Entscheidungen berufen ist, wohl anstehen. Daß auch in Gemeindeverwaltungen oder in der Leitung solcher großer Gemeinschaften wie der Kirchen die Umsicht enger oder weiter sein kann, und daß, wo letzteres der Fall ist, der Übergang in neue Zeiten und das Anfassen neuer Aufgaben leichter sein wird, sei nur eben erwähnt.

Es ist auch ein Unterschied zwischen den Gebieten der öffentlichen Verwaltung. Bei den Zollassistenten oder Telegraphensekretären hat der Staat wirklich an ihrer politischen Stellung kein Interesse, wenn sie Gewähr dafür bieten, ihren Dienst gewissenhaft zu tun. Unter der gleichen Voraussetzung sollte er die Richter nicht nach ihrem politischen Bekenntnis fragen. Etwas anders steht es bei den Beamten, die irgendwie auch politische Aufgaben haben, Landräten, Statthaltern usw. Es ist eine ernste Frage, ob der Staat nicht überhaupt möglichst ohne Verwaltungsbeamte dieser Art auskommen sollte, eine Frage, die uns durch die englischen Ordnungen nahe gelegt wird.¹⁰ Aber soweit es bei uns solche Beamte auch weiter geben wird, ist klar, daß, wenn

¹⁰ In der englischen Kommunalverfassung stehen an der Spitze der kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsorgane Verwaltungsbeamte, nicht gewählte Politiker. Diese Verwaltungsstruktur wurde nach 1945 auf die englischen und amerikanischen Besatzungsgebiete übertragen, wo sie zum Teil noch heute in Geltung ist.

der politische Gegensatz zwischen ihnen und der Regierung zu scharf wird, das für beide Teile unerträglich werden kann. Wohlwollend, schonend behandeln soll man solche Konflikte jedoch immer. Und nachdem der Staat einmal Glaubens- und Gewissensfreiheit zugesagt hat – sie ist in Jahrhunderte langen Kämpfen erworben [worden] und kann um der Ehrlichkeit und Gesundheit des religiösen Lebens willen nicht wieder preisgegeben werden –, muß die Anstellung der Beamten von ihrem religiösen Bekenntnis unabhängig sein. Daß noch bis zum ersten Weltkrieg Dissidenten bei uns nicht Offiziere, nicht einmal Reserveoffiziere werden konnten, hat Viele veranlaßt, nur sehr äußerlich in den Kirchen zu bleiben.

Eine besondere Stellung nehmen hier die Lehrer ein, sofern sie Unterricht in sogenannten Gesinnungsfächern, Deutsch, Geschichte, Religion zu geben haben. Auch hier wird aber entscheidend sein, in welchem Maße der Lehrer die Denkweise, die nach dem Gesagten Voraussetzung für Einigkeit unseres Volkes und für Wiederaufbau unseres öffentlichen Lebens ist, selbst hat, d.h. inwieweit er Achtung für die Verschiedenheiten hat, die nun einmal im geistigen Leben unseres Volkes sich geschichtlich herausgebildet haben. Besser einer, der politisch weit rechts oder weit links steht, aber die Jugend zum Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit erzieht, als einer, der, in der Mitte stehend, sie doch wenig davon spüren läßt, daß da Fragen sind, um die ernst gerungen werden muß.

Und so weit in unseren Schulen weiter Religionsunterricht gegeben wird, sollen das natürlich nur solche Lehrer tun, die es ihrer Überzeugung nach können. Die in der Weimarer Verfassung getroffene Regelung – Religionsunterricht ordentliches Lehrfach in den allermeisten öffentlichen Schulen, aber ohne Zwang für Lehrer wie Schüler – hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestandes durchaus bewährt. Nur wenige Lehrer wollten keinen geben, nur wenige Eltern meldeten ihre Kinder vom Religionsunterricht ab. Auch solche Eltern, die aus der Kirche ausgetreten waren oder doch innerlich kein Verhältnis zum Christentum hatten, wollten oft, daß ihre Kinder zunächst den Glauben der Väter kennenlernten. Herangewachsen, mochten sie dann selbst entscheiden, wie sie sich dazu stellen wollten.¹¹

11 Vgl. Art. 149 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. [...] Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.“ Mulerts Feststellung entspricht einer Erwartung, die von liberalen Theologen bereits 1919 formuliert worden war; vgl. etwa Ernst Troeltsch: Der Religionsunterricht und die Trennung von Staat und Kirche, in: Friedrich Thimme / Ernst Rolffs (Hg.): *Revolution und Kirche. Zur Neuordnung des Kirchenwesens im deutschen Volksstaat*, Berlin 1919, 301-325.

[2.4. ZUM VERHÄLTNISS VON KIRCHE UND STAAT]

Die Frage nach dem Religionsunterricht in den staatlichen Schulen ist ein Stück der Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche überhaupt. Es wäre kein Wunder, wenn Viele jetzt meinten, nachdem bei uns 1919 das Band zwischen Staat und Kirche gelockert wurde, dann im Dritten Reich einerseits die Partei zu Christentum und Kirche eine immer ablehnendere Haltung einnahm, dabei aber der Staat kräftig in die Kirche, namentlich in die evangelische, hineinzuregieren versuchte, und die Deutschen Christen sie in den Dienst des Nationalsozialismus stellen wollten, wäre es das Vernünftigste, nun Staat und Kirche wirklich, endgiltig, ganz zu trennen. Darüber sei nur soviel gesagt: So lange überhaupt Kirchen bestehen und eine geistige Macht im Volksleben darstellen, werden staatliche und kirchliche Interessen sich irgendwie berühren. Der Staat kann nicht so tun, als wären gar keine Kirchen da, und die Kirchen natürlich auch nicht so, als wäre kein Staat da. Schon in Fragen der Jugenderziehung und im Eherecht muß Verständigung auch dort angestrebt werden, wo grundsätzlich Trennung von Staat und Kirche besteht. Viele sozialistische und sonstige Kirchengegner meinten, bei Trennung würden die Kirchen bald absterben. Das ist offenbar [ein] Irrtum; das Christentum ist nicht einmal in Rußland tot, wo der bolschewistische Staat es zu unterdrücken sucht.

Die Losung „Trennung von Staat und Kirche“ ist vielmehr der Sache nach zuerst von entschiedenen Christen, von Sektenleuten ausgegeben worden, denen die Staatskirche als Verweltlichung des Christentums erschien.¹² In der Tat war mit Staatskirchentum oft ein zu Gunsten der Kirche im vermeintlichen Interesse der Religion ausgeübter Druck auf die Gesinnung mindestens der Beamten verbunden; Heuchelei aber gilt echtem Christentum als etwas besonders Schlimmes. Und wer überhaupt an Wahrheit und Lebenskraft des Christentums glaubt, ist überzeugt: Auch wenn bei Wegfall der staatlichen Zuschüsse die Kirchen zunächst in Schwierigkeiten geraten, solche Nöte der Übergangszeit werden überwunden.

In den Vereinigten Staaten, wo die Trennung von Anfang an bestanden hat, ist die Macht der Kirche im öffentlichen Leben viel größer als bei uns. Also vom Standpunkt des Christentums her könnte man die Trennung begrüßen. Eine andere Frage ist, ob sie vom Standpunkt der nationalen Kultur her erwünscht sein kann. Staatsfreie Kirchen bekommen leicht einen Zug entweder zum

¹² Vgl. hierzu die Darstellung von Karl Rothenbücher: Die Trennung von Staat und Kirche, München 1908. Zur staatskirchenkritischen Haltung religiöser Gemeinschaften im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert vgl. Ernst Troeltsch: Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen (Gesammelte Schriften, Band 1), Tübingen 1912.

Hierarchischen, zur Priesterherrschaft, oder zum Sektenhaften, zur Engherzigkeit. Und wenn der Staat den Religionsunterricht nicht selbst gibt, sondern ihn den Kirchen überläßt, verliert er den Einfluß auf den Geist, in dem er erteilt wird. Ob also wir in Deutschland, so lange die große Mehrheit unseres Volkes entweder der katholischen Kirche oder den evangelischen Landeskirchen angehört, nicht grundsätzlich bei der bisherigen Regelung dieser Dinge bleiben sollten (Weiterbildung im einzelnen vorbehalten), die dem Staat Einfluß auf die Kirchen sichert? Die Leistungen an die Kirchen, zu denen er sich andererseits verpflichtet hat, sind immerhin bescheiden.

[2.5. STAAT UND WISSENSCHAFT]

Soviel zum Verhältnis von Staat und Kirche. Nur eben erwähnt sei noch, daß der Grundsatz strenger Gerechtigkeit des Staates gegenüber den verschiedenen Strömungen und gewissenhafter Sachlichkeit in der Pflege geistigen Lebens besonders festzuhalten ist von der Verwaltung der Hochschulen, bei der staatlichen Förderung von Wissenschaft und Forschung. Im Dritten Reich hat man auch hier allzusehr die Parteiinteressen bedacht. Aber die Wissenschaft verträgt keinerlei Parteilichkeit. Werden die Lehrer unserer Hochschulen nach anderen Erwägungen ernannt als nach ihrer Tüchtigkeit in Forschung und Lehre, so hat der Geist den Schaden davon.

Der Ruf der deutschen Wissenschaft in der Welt beruht zum großen Teil darauf, daß sie bei den staatlichen Hochschulverwaltungen, trotz aller im Einzelnen gemachten Fehler, eine sorgfältige Pflege gefunden hat. Männer wie Wilhelm von Humboldt waren beste Vertreter solcher staatlichen Fürsorge. Das Wort, das der preußische König im Zusammenhang der Gründung der Universität Berlin gesprochen hat, der Staat müsse an geistigen Kräften ersetzen, was er an äußeren verloren habe, gilt auch für die Gegenwart. Unsachlichkeit in der Pflege der Wissenschaft muß dazu führen, daß deutsche Wissenschaft gegenüber der anderer Länder an Ansehen verliert. Soweit zur wissenschaftlichen Arbeit große äußere Mittel nötig sind, wie in naturwissenschaftlichen, technischen, medizinischen Instituten, werden wir ohnehin den Wettbewerb mit dem Ausland in nächster Zeit schwer bestehen können. Aber auf wichtigen Gebieten kann der Geist seine Siege erringen, auch wenn er an Geld arm ist. Geschichte erforschen läßt sich auch mit bescheidenen äußeren Mitteln. Und nicht bloß Luther, Kant und Hegel, um nur drei berühmteste deutsche Universitätsprofessoren zu nennen, sind unbemittelt gewesen, sondern auch Helmholtz, um wenigstens *einen* Naturforscher anzuführen, hat zuerst mit einfachster Ausrüstung Großes geleistet.

Die Wissenschaft darf nicht zur Magd der Politik werden. Und sachlich und

gerecht, wie in der Pflege der Forschung, soll der Staat auch in seiner Fürsorge für die Künste sein. Aber die geistige Freiheit, ohne die weder die Wissenschaft noch die Kunst gedeihen kann, und die bürgerliche Freiheit und Rechtsicherheit im Staate sind nicht ohne Zusammenhang. Die Wahrheit kann nur in Freiheit gefunden werden.

3. EINIGKEIT UND RECHT

Zum Schutz der Freiheit und anderer Güter hat jedes Volk seine Rechtsordnung, seine Staatsverfassung und seine sonstigen Gesetze geschaffen. Freilich, auch die besten Gesetze geben einem Volke keine Sicherheit für sein Dasein, seinen Wohlstand und seine Zukunft, wenn äußere Feinde ihm den Lebensraum streitig machen, seine Freiheit und Selbständigkeit ihm nehmen. Die besten Zustände im Inneren helfen auf die Dauer nicht, so lange die Völker, die auf der Erde wohnen, Interessengegensätze haben und in Streit miteinander geraten, so lange es eben nicht einen einzigen die ganze Erde umspannenden Staat gibt (oder einen Staatenverband von solcher Festigkeit, daß Kämpfe seiner Mitglieder untereinander ausgeschlossen sind).

[3.1. DIE DEUTSCHEN UND DIE POLITIK]

Ein politisch unbegabtes, in seiner äußeren Politik ungeschicktes Volk kann, auch wenn seine inneren Verhältnisse wohlgeordnet sind, ins Verderben geraten. In diesem Sinne sprach Bismarck vom Primat, vom Vorrang der äußeren Politik. Und ein Volk, daß zu schweren Fehlern der äußeren Politik neigt, wird auch die besten Einrichtungen seiner inneren Politik - wenn denkbar ist, daß es solche hätte schaffen können - mißbrauchen. Von solchem Unheil ist hier keineswegs rein theoretisch die Rede, denn es hat Deutsche gegeben, die bei leidenschaftlicher Vaterlandsliebe tief überzeugt waren, unserem Volke fehle die politische Begabung. Es möge noch so reiche Gaben haben, die lägen auf anderen Gebieten. Einseitigkeit, Mangel der Begabung für bestimmte wichtige Dinge mag es in der Tat geben, so wie etwa ein Volk bei reicher Veranlagung für Dichtkunst und Malerei doch unmusikalisch sein kann, was aber ein reiner Schönheitsfehler ist, politisch ungefährlich. Fehlte uns Deutschen die politische Anlage, dann wäre Bismarck, auch schon Stein und Friedrich der Große, Ausnahmen. Fehlt sie uns wirklich?

Die einen meinen: Wir seien das Volk der Dichter und Denker und schon deshalb unpraktisch, unpolitisch. Das ist sicher vorschnell geurteilt. Es hat bei uns an technischer Begabung, auch an kaufmännischem Geschick und

Erfolg nicht gefehlt. „Dichter und Denker“ ist auch insofern einseitig gesehen, als immer zugleich Tüchtigkeit und Tapferkeit an uns Deutschen, besonders an einigen Stämmen, gerühmt worden ist. Der deutsche Soldat hat auch in den beiden letzten Kriegen so Großes geleistet, daß wir dessen in tiefer Dankbarkeit gedenken müssen, auch wenn beide Male der Enderfolg nicht auf unserer Seite war; wir kämpften gegen eine Übermacht.¹³

„Dichter und Denker“ wäre auch dann unrichtig, wenn man meint, es seien bei uns dichterische Phantasie und Denkerscharfsinn besonders ausgebildet. Oft waren es vielmehr Gemüt und Gewissen. Deutsche alter und neuer Zeit haben Glaubensfragen sonderlich ernst genommen. Wir sind das Volk der Reformation, haben auch eine starke Gegenreformation gehabt, die aber nur teilweise Erfolg hatte. Wir haben, wie Naumann sagte, die Spanier vom Süden und die Schweden vom Norden hereingeholt, und die haben auf unserm Boden die Schlachten Europas geschlagen. Wir sind das einzige große Volk Europas, das konfessionell in etwa zwei gleich große Teile zerfällt. Zwar hat jede von beiden Kirchen, die katholische wie die evangelische, Vorteile davon gehabt, daß sie bei uns nicht allein ist; durch Wettbewerb mit der andern wurden sie lebendiger als sie in vielen andern Ländern sind, wo eine von beiden so gut wie allein herrscht. Aber zur nationalpolitischen Schwäche konnte der konfessionelle Zwiespalt jederzeit werden.

Vor allem: Er mag beigetragen haben oder sich verbunden haben mit der Meinung der Deutschen, Meinungsverschiedenheiten zu rasch als Gewissenssache zu behandeln, mit dem deutschen Eigensinn, der die Kehrseite der Gründlichkeit ist, mit der Querköpfigkeit, dem Doktrinarismus der namentlich auf politischem Gebiet oft verhängnisvoll gewirkt hat. Wir haben früher wenig Revolutionen gehabt und zwischen denen von 1848 und 1918 war die Pause lang. Aber daß nun auf die von 1918 die von 1933 rasch folgte, das kann die Neigung, innerpolitische Schwierigkeiten auf gewaltsamem Wege zu überwinden, gefährlich stärken, und den Widerwillen gegen geordnete verantwortliche positive Mitarbeit im Staate [hervorrufen]. Daß extreme Parteien auf beiden Seiten schließlich so anwachsen, wie es bei uns um 1930 rechts den Nationalsozialisten, links den Kommunisten möglich wurde, und damit ein verfassungsmäßiges Regieren fast unmöglich [war], das würde in andern Ländern nicht so leicht vorkommen. So lange aber solcher Doktrinarismus und Fanatismus bei uns herrscht, sind wir noch nicht reif, unseres Volkes Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Er muß überwunden werden, wenn wir wieder ein Volk werden sollen, wenn wir eine dauerhafte Verfassung, eine gesicherte Rechtsordnung gewinnen wollen.

¹³ Die zeitgeschichtliche Bedingtheit dieses Urteils ist evident; es geht zudem von einem durch den Zweiten Weltkrieg selbst überholten Kriegsverständnis aus. Mulert urteilt ohne Kenntnis der Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich.

[3.2. DER WILLE ZUR GERECHTIGKEIT]

Im Dritten Reich hatte der Nationalsozialismus die unbeschränkte Herrschaft, aber um den Preis, daß die Rechtssicherheit mehr und mehr verloren gegangen war, statt daß sie, wie es im Interesse jedes Volkes liegt, das eine Revolution durchgemacht hat, nach dieser möglichst bald wiederhergestellt worden wäre. Die Konzentrationslager und die Art, wie die Staatspolizei viele Gegner des Nationalsozialismus lange in Haft hielt, ohne daß ein geordnetes Verfahren durchgeführt worden wäre, mußten allmählich das Rechtsbewußtsein in weiten Kreisen untergraben. Das Vertrauen zu Recht und Gerechtigkeit ist aber ebenso eine Voraussetzung oder eine wichtige Seite des sittlichen Lebens, wie das Vertrauen zur Wahrheit und der Wille zur Wahrheit. Bloß formales Recht, das kein richtiges Recht wäre, nicht der Gerechtigkeit diene, nützt wenig. Und die Besetzung der Beamtenstellen im Dritten Reich bewies, wie wenig der Nationalsozialismus noch die Gerechtigkeit achtete. Das sollen wir uns mit allem Ernst klar machen: Es kommt mehr auf den Geist des öffentlichen Lebens an, als auf den Buchstaben der Verfassung und der Gesetze. Wo wenig Wille zur Gerechtigkeit, wenig Gemeinsinn, wenig Pflichttreue ist, werden alle guten Gesetze zu leeren Formen. Und das Moralische versteht sich leider nicht von selbst, nämlich nicht in dem Sinn, daß nach den sittlichen Grundsätzen gehandelt würde. Wenn es sich auch in dem Sinne von selbst verstehen mag, daß jedem unverbildeten Gemüt und Gewissen in erheblichem Umfang sittliche Wahrheiten einleuchten. Aber es ist nicht nötig, lange von dieser Grunderfahrung der Völkergeschichte zu reden; entscheidend ist, in welchem Geist das Leben der Völker geführt wird. Wir wenden uns, unter Vorbehalt dieser Erfahrung, der Frage zu, welche Verfassungsreformen sich künftig für unser Volk als die richtigen erweisen mögen.

[3.3. DAS WAHLRECHT]

Sowohl die von der Weimarer Verfassung festgesetzte weitgehende Demokratie, als auch die Diktatur Hitlers haben sich für unser Volk [als] verderblich erwiesen. Ich deute an, was mir als Mittelweg vorschwebt.

Neben einer dauerhaften Regierung allerdings eine gewählte Volksvertretung, aber nicht aus Wahlen mit abgestuftem Recht, ungleichem Wahlrecht hervorgehend. Natürlich kann und soll man solchen Fehler vermeiden, wie daß schon die Zwanzigjährigen mitwählen. In Zeiten politischer Erregung und wirtschaftlicher Not, wie es die Jahre 1919 bis 1924 waren, haben diese Wähler unverhältnismäßig die radikalen Gruppen gestärkt, die durch laute Schlagworte und

wilde Kritik den mühsamen Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft mehr erschwerten als unterstützten. Es wird auch niemand behaupten, daß das gleiche Wahlrecht ideal sei. Die Menschen sind nun einmal mehr ungleich. Das böse Wort, auf je 120 oder 150 Pfund Lebendgewicht (eines Stimmviehs) entfallen eine Stimme, war schon begreiflich. Aber eine vermehrte Stimmenzahl kann man entweder den Wohlhabenden geben - wie unsozial! Sie werden diese, wenn die Ungleichheit nennenswerte Wirkungen hat, ausnutzen, um ihren Besitz zu sichern, wie früher die Hausbesitzer ihre Vorrechte bei Stadtverordnetenwahlen bisweilen sehr selbstsüchtig mißbrauchten.

Oder man sucht anderen eine günstigere Stellung zu geben, denen, die man für die wirklich Einsichtigeren hält. Aber wem hat es wirklich eingeleuchtet, als die preußische Regierung s.Z. das in der Tat politisch und moralisch unmöglich gewordene Dreiklassenwahlrecht als unhaltbar ansehend, den sogenannten Kulturträgern zusätzliche Stimmen geben wollte? Sind etwa die akademisch Gebildeten immer auch politisch klüger? Guten Sinn hat es schon, den in gemeindlicher oder sonstiger Selbstverwaltung Bewährten mehr Rechte zu geben; aber das wird zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen, da das immer nur wenige sind. Reichstag und Landtag aber aus den Kreistagen oder Gemeindevertretungen wählen zu lassen, das sog. Siebssystem, führt leicht zu schwerer Benachteiligung der Minderheiten oder aber zu ausgesprochener Parteienherrschaft.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist eine gefährliche Gabe; wenn man jedoch überhaupt zum Volke das Zutrauen hat, daß es seine Schicksale mitbestimmen könne, dann kann man es nur so haben, daß man dabei hofft, es werden mehr und mehr Einzelne wirkliches, politisches Urteil, politische Bildung gewinnen. Und dann wird man gleiches Wahlrecht geben können, in der Hoffnung, daß politische Erziehung unseres Volkes allmählich dazu helfen wird, uns etwas von der Stetigkeit der politischen Verhältnisse derjenigen Länder zu geben, in denen schon länger Regierung und Volksvertretung fruchtbar zusammenarbeiten.

[3.4. POLITISCHE REPRÄSENTATION UND BILDUNG EINES STAATSVOLKES]

Besser als eine Abstufung des Wahlrechtes würde es mir scheinen, daß die künftig zu wählenden Vertretungskörper nicht rein aus Wahlen hervorgehen, sondern ein Teil - etwa ein Viertel oder ein Drittel der Mitglieder - von der Behörde ernannt wird, wobei sie wahrlich nicht bloß Leute von einer Partei ernennen soll, sondern sachlich Tüchtige aus allen Parteien, aber auch solche, die sich zu keiner bestehenden Partei halten. Es gab durchaus Männer und Frauen in Deutschland, schon im 19. Jahrhundert und ebenso in letzter Zeit,

die in den Reichstag oder die Landtage gehört hätten, aber nicht hineinkamen, weil keine Partei sich für sie einsetzte.

Indem diese Ernannten lebenslänglich (oder doch für längere Zeit als die Gewählten) den gesetzgebenden Körperschaften angehören, geben sie diesen eine größere Stetigkeit als bei dem Spiel der Wahlen möglich ist. Eine Mehrheit gegen die Regierung kann sich auch so bilden, wenn die Überzeugung von der Unbrauchbarkeit der bisherigen Minister verbreitet genug ist. Aber gegen die sinnlose Ministerstürmerei, gegen die Ausartung der Herrschsucht der Parteien, wie Frankreich und wir sie erlebt haben, würde schon diese Maßregel einigen Schutz bieten. Es lassen sich noch andere denken, Sicherungen dagegen, daß eine Regierung gestürzt wird, wenn zwar im Gegensatz zu ihr sich eine Mehrheit zusammenfindet, diese aber auf ein positives Programm sich nicht einigen kann - wie es bei uns war, wenn in der Republik eine Regierung der Mitte durch die Nationalsozialisten (und Deutschnationalen) einerseits, Kommunisten andererseits (etwa auch durch die Sozialdemokraten) ein Mißtrauensvotum erhielt. Diese zwei oder vier Gruppen zusammen hätten doch nie die Leitung der Geschäfte, die Verantwortung für Volk und Staat übernehmen können.

Also: Weder Demokratie noch Diktatur, weder Massenherrschaft noch Ausschluß des Volkes von der Mitbestimmung über seine Schicksale, sondern (sobald überhaupt wieder die Möglichkeit besteht, daß wir auf deutschem Boden über staatliche Formen bestimmen) ein abgewogenes Maß von Vollmachten einer starken Regierung und dauerhafte Verwaltungsbehörden, neben denen in der sich von unten her in Gemeinden, Kreisen, Gauen aufbauenden Selbstverwaltung die zur Mitverantwortung Willigen ihr Teil an Einfluß gewinnen. Nur in solcher Zusammenarbeit kann die politische Erziehung der sonst Urteilslosen und von Stimmungen und Verstimmungen Abhängigen zu politisch gebildeten Staatsbürgern, die Umwandlung der Masse in ein Staatsvolk geleistet werden.

[3.5. STAATLICHE EINHEIT

OHNE POLITISCHEN ODER KULTURELLEN ZENTRALISMUS]

Die Ausdehnung unseres Landes und der geschichtlich gewordene Charakter unseres Volkes lassen zugleich in einer anderen Hinsicht einen Mittelweg als allein gangbar erscheinen. Wir wollen weder die alte Viel- und Kleinstaaterei, noch einen ungegliederten Einheitsstaat. Alle einzelnen deutschen Stämme haben in erheblichem Maße [ein] Sonderdasein gehabt, und haben nicht nur den Willen, ihre Eigenart zu behalten, sondern auch Anspruch darauf. Man kann nicht dieselben Regierungsmethoden in Ostpreußen und Pommern ei-

nerseits, im Rheinland, in Hessen, Bayern, Baden, Kärnten, Steiermark andererseits anwenden. Vielleicht wird der Wille der feindlichen Sieger unseren Nationalstaat wieder auseinanderreißen, so daß die Deutsch-Österreichischen Brüder, sieben Jahre mit dem Reich vereinigt, wieder von ihm durch Papier, Grenzsteine, Zollschranken fern gehalten werden. Es können auch sonst deutsche Stämme vom Reich losgerissen werden, wie man schon 1919 das Nationalitätenprinzip zwar gern zu Ungunsten Deutschlands angewendet hat, es aber in vielen Fällen vergaß, wo es Deutschen zu Gute gekommen wäre. So kann man wieder vorgehen. Aber solche Gewaltmaßnahmen tragen die Gewähr ihrer Vergänglichkeit in sich. Sie werden den Betroffenen den alten deutschen Partikularismus gründlich austreiben, da er nun hier mit dem Fluche feindlichen Zwanges belastet ist. Auch ein so verkleinertes Reich kann und soll aber nicht zum straff regierten Einheitsstaat werden. Berlin ist für Deutschland nicht ebensoviel wie Paris für Frankreich, oder auch London für England, Kopenhagen für Dänemark. Berlin ist erst 1871 Reichshauptstadt geworden, erst nach tausend Jahren deutscher Geschichte. Es ist auch erst im vorigen Jahrhundert die volkreichste Stadt Deutschlands geworden. So hat es auch erst in der Zeit Friedrichs des Großen eine beträchtliche Rolle in der deutschen Geistesgeschichte zu spielen angefangen.

Daß die Nationalversammlung 1919 nach Weimar ging, war nicht nur durch die damalige Unsicherheit in Berlin veranlaßt (und gerechtfertigt), sondern hatte tiefere Bedeutung. Und ist Weimar nur kurze Zeit ein Brennpunkt deutschen Geisteslebens gewesen, so haben Wien und Frankfurt, Hamburg und Nürnberg, Leipzig und München und andere Städte in der deutschen Geschichte so viel bedeutet, daß sie keinesfalls Berlin gegenüber einfach als Provinzstädte gelten können. Und neben Weimar haben andere, die auch heute noch nicht Großstädte geworden sind, zeitweise dem Denken unseres Volkes entscheidende Anregungen gegeben, Jena, Heidelberg, Tübingen. Man kann auch nur wünschen, daß, wo Ansätze zur Pflege einer wertvollen Sonderart in Kleinstädten oder auf dem Dorfe da sind, sie gefördert werden. Immer wieder sind den Städten erbesunde Geschlechter vom Lande her zugewandert; der Verbrauch an Nervenkraft nimmt mit der Zusammenhäufung von Menschen in den Großstädten zu; in und mit der Natur zu leben ist das beste Mittel, jung zu bleiben.

Wohl dürfen und sollen wir die Bewohner der verschiedenen Teile unseres Vaterlandes, die Angehörigen der verschiedenen Stämme, auch dadurch einander näher zu bringen suchen, daß, wie schon die Industrie seit dem 19. Jahrhundert zu stärkerer Binnenwanderung geführt hat, so auch Beamte hin und her versetzt werden, was überdies ihren Blick erweitert. Vorbehalte sind zu machen für Beamte der Verkehrsverwaltung. [Für] Studienräte, vollends [für] Hochschullehrer gilt zwar das Gesagte meist, doch wird einen Lehrstuhl

für niederdeutsche Volkskunde normalerweise nur ein Niederdeutscher, den für bayrische Geschichte nur ein Bayer erhalten. Und schon für die Richter ist es durchaus wichtig, mit dem Landvolk in seiner heimischen Mundart reden zu können, für Ärzte, Volksschullehrer und Pfarrer gleichfalls. Und wie man den Schiffbau natürlich nur an solchen technischen Hochschulen zweckmäßig lehren wird, die am Meer liegen wie Danzig, und Hochschulen für Forstwesen oder Bergbau wohl besser nicht in Großstädten einrichtet, sondern an solchen Orten wie Freiberg oder Eberswalde, so soll man überhaupt versuchen, an einzelnen Hochschulen solche Sondergebiete der Wissenschaft auf denen dort schon länger Erhebliches geleistet worden ist, besonders zu pflegen, wie in Göttingen die Mathematik und die mit ihr zusammenhängenden Wissenschaften. Entsprechendes gilt für die Hochschulen der Kunst. Nichts wäre verkehrter, als von allen Gebieten des geistigen Lebens die besten Kräfte nach ein- und derselben Großstadt zu ziehen. Das mag geschehen, wo die Hauptstadt die einzige Großstadt ist wie in Dänemark Kopenhagen. Aber unser Vaterland muß größer sein, oder vielmehr: Es ist wirklich zu groß und sein Kulturleben zu mannigfach, als daß wir so verfahren dürften.

Zur Zusammenfassung unserer staatlichen Macht nach außen hin, sobald wir wieder solche haben, für Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Ordnungen, für Erleichterung des Verkehrs hin und her, für gegenseitiges Zusammenwachsen der im Geist des deutschen Erbfehlers leicht gegeneinander Strebenden mag man ansonsten nach bester Einsicht sorgen, damit Geibels Wort wahr werde:

„Eins nach außen, Schwert gewaltig,
um ein hoch Panir geschart,
innen reich und vielgestaltig,
jeder Stamm nach seiner Art.“¹⁴

Wobei wir auf das gewaltige Schwert, auf die wahrlich nicht leichte Rüstung gern verzichten werden, sobald der Wille unserer Nachbarn zu einem gerechten und dauerhaften Frieden feststeht, sobald alle abrüsten und jedem sein Lebensraum gönnt wird. Kriegslüstern zu sein, sollte uns für alle Zeiten die Erinnerung an das tiefe Leid unsrer Geschichte, auch unsere innere Vielgestaltigkeit abhalten; der Tiroler versteht die Mundart des Schlesiens kaum, der Ostpreuße die des Alemannen oder Rheinländers oder Steiermärkers ebenso wenig, aber als deutsche Brüder können sie sich darüber hinweg alle fühlen, von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt.

¹⁴ Aus dem Gedicht „Wann, o wann?“ von 1858. Mulert zitiert die zweite von sechs Strophen. Nach der Druckfassung der „Gesammelten Werken“ (Ebd., 209) lautet die erste Zeile: „Eins nach außen, schwertgewaltig [...]“.

[3.6. REPUBLIK ODER MONARCHIE?]

Zuletzt sei eine Frage wenigstens berührt, die, wenn von künftiger Verfassung die Rede ist, bald aufgeworfen werden mag: Republik oder Monarchie? Hier muß zunächst vor dem Irrtum gewarnt werden, als seien beides eindeutige Begriffe. Großbritannien und Japan sind in sehr verschiedenem Sinne Monarchie, und die Macht des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist von der des den der Schweiz sehr verschieden, auch wenn man von dem Unterschiede des Umfangs beider Länder noch ganz absieht. Keinesfalls ist aber dies an diesem Punkte unsere dringlichste Sorge. Der Zusammenbruch der Monarchie 1918 war so, daß Viele meinten, sie sei für immer erledigt. Inzwischen haben wir gesehen, daß auch die Republik ihre schweren Fehler hatte, und die Diktatur ebenso.

Klar sollte eins sein: Würde mit etwaigem Wiederaufleben der Monarchie ein Wiederaufleben der Landesfürstentümer verbunden, sollten Habsburger, Wittelsbacher und wie sie alle heißen, wiederkehren, bis hin zu Reuß beider Linien, so wäre das ein verhängnisvoller Schritt rückwärts. So gewiß wir keine straffe Zentralisation der Verwaltung, wie sie in Frankreich besteht, brauchen, können und haben wollen, so gewiß wollen wir nicht zurück in Kleinstaaterei und Partikularismus. Ob an der Spitze des Reiches wieder ein Kaiser stehen kann und soll, darüber wird erst dann zu reden sein, wenn wir wieder ein einigermaßen gefestigtes Reich haben. Große Erinnerungen aus unserer Geschichte werden beim Kaisertitel lebendig. Aber nicht nur der letzte Träger dieser Würde hat ihr, trotz seiner mannigfachen Begabung, geschadet, und frühere prunkliebende und genußsüchtige Fürsten, wie etwa im 18. Jahrhundert die beiden ersten Friedrich August von Sachsen und Geistesranke wie der zweite Ludwig von Bayern oder Friedrich Wilhelm der Vierte von Preußen, sondern wir haben auch Monarchen gehabt, die bei bestem Willen doch durch eigensinnige Vertretung persönlichster Wünsche auf irgendeinem Gebiet den allgemeinen Gang der politischen Dinge verhängnisvoll geschädigt haben, so Friedrich Wilhelm der Dritte von Preußen durch seinen Starrsinn auf kirchlichem Gebiet und ebenso seine beiden Söhne, auch der ehrwürdige Wilhelm der Erste. Um die Monarchie zu streiten, hat wenig Zweck, solange nicht ein Mann in Sicht, und nicht nur in Sicht, sondern auch bewährt ist, der Sicherheit bieten würde, daß er ein würdiges Haupt des Staates, ein Diener sein würde. Solche Fürsten sind nicht leicht zu finden.

[3.7. DAS ZIEL: „ORDNUNGEN DER GERECHTIGKEIT“]

Tadeln ist leicht, besser machen schwer. Aber wer diese Schrift mit dem Empfinden gelesen hat: Da ist mehr über die Fehler gesagt, die wir gemacht haben, als daß klar und bestimmt der Weg gezeigt wäre, den wir nun gehen sollen, der hat schon Recht, soll jedoch bedenken: Immer ist uns die Vergangenheit bekannter als die Zukunft. Und wenn böse gesagt worden ist, man lerne aus der Geschichte nichts als dies, daß die Menschen nie aus ihr gelernt hätten, so ist das in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Auch bei uns hat man aus den Fehlern von 1848 und 1860 gelernt. In England und im Vatikan gibt es so viele politische Erbweisheit. Volksführer und Staatsmänner können und sollen von den Fehlern lernen, die ihre Vorgänger gemacht haben, aber auch von dem Guten und Klugen, das diese getan haben. So lernt ein Volk schon deshalb aus seiner Geschichte, weil es aus seinen Leiden lernen muß, durch Schaden, wenn auch vielleicht noch nicht klug, so doch wohl etwas klüger wird.

Unseres deutschen Volkes Geschichte ist eine leidvolle Geschichte gewesen, und jetzt stehen wir wieder im tiefen Tal. Aber wir wollen empor und vorwärts blicken. Wer solchen Willen hat und darnach handelt, dem wächst leise trotz aller Rückschläge das Vertrauen, daß die Welt kein Chaos ist, kein Hexenkessel der Bosheit bleiben soll. Sie zum Kosmos zu gestalten, auf der Erde, im Leben der Völker Ordnungen der Gerechtigkeit zu schaffen, gegen Lüge Wahrheit, gegen Haß Gemeinsinn und Liebe durchsetzen ist eine unendliche Aufgabe. Aber wir wollen ihr dienen und das bescheidene unsere dazu tun, daß unser Volk und Land ihr mehr und mehr diene.

Über solchem Dienst steht der alte lateinische Spruch: „Coelo et patria numquam desperandum.“; am Himmel und am Vaterland soll man nie verzweifeln.